Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für den politischen Teil: Adolf Thiele, für den lokalen und provinziellen Teil: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, sämtlich in Halle — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Große Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 2.70 ohne Bestellgeld Einzelne Nummern 10 Pfg. Anzeigengebühr: Die 7gespaltene Kolonelzeile 30 Pfennig, Inserate von auswärts 40 Pfennig im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 22. Halle, Montag, den 27. Januar 1919. 3. Jahrgang.

Sozialisierung mit oder ohne Demokratie?

Das Berliner Zentralorgan der U. S. P., Die Freiheit, schrieb am Tage vor der Wahl zur Nationalversammlung:

„Wir hätten gewünscht, daß uns dieser Kampf (der Berliner Bürgerkrieg. D. Red.) mit seinen blutigen Schrecken erspart bliebe, daß wir auf dem Wege der Demokratie zum Aufbau des sozialistischen Staates kämen."

Daß dieser Aufbau unmöglich gemacht wurde, ist nach demselben Blatt die Schuld der kapitalistischen Klassen, die sich unter der Firma Ebert-Scheidemann-Noske bereits wieder konsolidiert" hätten. Abgesehen von dem Hinweis auf die Firma Ebert, der nun einmal bei solchen Debatten nicht fehlen darf, sind wir die letzten, die bestreiten wollen, daß die kapitalistischen Klassen nicht den Bürgerkrieg haben möchten, um die sozialistische Revolution und den ganzen sozialistischen Umwandlungsprozeß ersticken zu können. Aber gerade diese blutige Auseinandersetzung zu vermeiden, ohne die positive Sozialisierungsarbeit im geringsten zu hindern, soll ja die höchste Aufgabe der Nationalversammlung sein. Daß die Sozialisierung der Wirtschaft nicht einfach dekretiert werden kann, ist ja auch die Ueberzeugung der U. S. P., und ihre theoretischen Wortführer Kautsky und Hilferding haben das genügend deutlich klargelegt. Es besteht, wenn man sich bemüht, den gereizten Zeitungston einmal beiseite zu lassen, in dieser Hauptfrage der Revolution gar kein Unterschied zwischen den feindlichen Brüdern. Ist es uns also gleich ernst mit der Sozialisierung, und wollen wir dabei im Interesse unseres so namenlos gepeinigten Volkes diese Hauptfrage ohne weiteren Bürgerkrieg lösen, dann müssen wir doch zum mindesten erst einmal den Versuch dazu „auf dem Wege der Demokratie" unternehmen. Trotzdem das also auch der Wunsch der Berliner Freiheit war, und trotzdem nun die Wahlen zur Nationalversammlung eine so überaus starke Position der Sozialdemokratie (die Unabhängigen zugerechnet) auf Grund weitester demokratischer Selbstbestimmung der Nation gebracht haben, erklärt die unabhängige Presse verschiedentlich, daß ihr der Ausfall der Wahl gleichgültig sei. Das heißt also glatte Ablehnung des Versuchs, die sozialistische Kernfrage der sozialen Revolution auf demokratischem Wege lösen zu wollen. Diese Resignation konsequent weitergeführt, endet bei Spartakus, der die Wahl zum Parlament und zu öffentlichen Aemtern überhaupt nur auf Arbeiter und Soldaten beschränkt wissen will, also die Diktatur des Proletariats in der undemokratischsten Form anstrebt.

Diese scharfe Wendung im Augenblick des Zusammentritts der Nationalversammlung und der besonders eifrig betriebenen Einigungsbestrebungen muß grundsätzliche Bedeutung erlangen. Bisher hat nur Spartakus die Nationalversammlung für ein dem Sozialismus feindliches Unternehmen gehalten. Die Sozialdemokratie des Erfurter Programms hat niemals die wirtschaftliche wie politische Diktatur des Proletariats außerhalb der demokratischen Entwicklung gefordert. Allerdings rechnet sie auch nicht mit dieser gewaltsamen revolutionären Katastrophe. Aber Kautsky selbst ist ein Fanatiker des demokratischen Prinzips aus Gründen politischer Gerechtigkeit. Die Sozialdemokratie bekämpft „nicht nur die Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art von Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse oder eine Partei", sagt er in seiner Erläuterung zum Erfurter Programm. Und so sind wir eben Sozialdemokraten geworden. Daß die deutsche bürgerliche Demokratie das alleinige Hemmnis gegen den deutschen Sozialismus sei, kann nicht gut behauptet werden. Es gibt Hemmungen, die außerhalb Deutschlands, im kapitalistischen Ausland, viel stärker vorhanden sind. Wir werden darauf stoßen, sobald die Nationalversammlung die ersten Schritte zur Sozialisierung unternimmt. Daß diese ersten Schritte getan werden, daran kann nicht gezweifelt werden. Die Sozialisierung der großen Produktionsmittel, die aus deutschem Rohmaterial gesellschaftliche Arbeit und Werte erzeugen können, muß für jeden Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit sein. Vor der Sozialisierung unserer Bergwerke dürfen wir auch dann nicht zurückschrecken, wenn englische Kapitalistenblätter glauben, damit drohen zu können, daß deutsche Staatsbetriebe leichter pfändbar seien als Privatbetriebe. Die Elektrizitätsindustrie, das Verkehrswesen müssen folgen und im Interesse einer besseren Volksernährung muß mit der Latifundienmißwirtschaft sofort Schluß gemacht werden. Mit letzterem hängt eng zusammen die Frage nach einer andern Produktionsweise unserer Hauptnahrungsmittel. Brot und Brotgetreide, die Kartoffel und schließlich auch die Seefische müssen aus dem Kreislauf der privatkapitalistischen Warenproduktion ebenfalls sobald wie möglich herausgehoben werden. Dieses und manches andere wird rasch angepackt werden müssen. Das ist der Wille der Arbeiterklasse, um dessentwillen sie eben „Revolution machte" und um dessentwillen die revolutionäre Bewegung noch weitergetrieben werden soll. Warum sollen wir uns zu diesem Zweck nicht des Instruments der Nationalversammlung bedienen. Der Verfassungsentwurf selbst weist dem Parlament den ganzen Komplex der Sozialisierungsarbeit zu. Es wird sozialistischer Anschauungsunterricht für die ganze Welt sein, den das deutsche sozialistische und demokratische Revolutionsparlament zu leisten hat.

Daneben darf aber auch nicht übersehen werden, daß das gesamte Ausland, auf das wir um unserer Existenz willen angewiesen sind, die Sicherung und Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat nur dann anerkennt, wenn es auf dem Boden der Demokratie geschieht. Nur so ist unsere Aufnahme in den Völkerbund denkbar. Und diese Anerkennung durch das demokratische Ausland können wir nicht entbehren, schon um die Vollendung des Sozialismus betreiben zu können. Gerade die Nationalversammlung wird uns das jetzt fehlende Bindeglied mit dem Ausland sein. Und sie muß es werden, um die deutsche Sozialisierung nicht zu einem armseligen nationalsozialistischen Experiment werden zu lassen. Denn darüber müssen wir uns klar sein: Was wir in Deutschland sozialisieren können auf Grund der eigenen Rohstofferzeugung, wird im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft immerhin gering bleiben. Wir haben 1913 für 5003 Millionen Mark Rohstoffe eingeführt, um damit für 6400 Millionen Mark Fertigwaren ausführen zu können, nachdem zunächst die Bedürfnisse des eigenen Landes gedeckt waren. Das beweist also, wie stark unsere ganze gesellschaftliche Arbeit abhängig ist von den Rohstoffen des Auslandes. Dieses Ausland — den Rohstoffmarkt beherrschen England und Amerika — ist aber heute immer noch kapitalistisch. Folglich ist eine nationale sozialistische Produktion in Verbindung mit einem internationalen privatkapitalistischen Einhandeln von Rohmaterialien eine Farce auf jeden wirklichen Sozialismus. Die sozialistische Volksregierung aber kann nicht als alleinige Aufkäuferin für ihre Wirtschaftsbedürfnisse auf den Weltmarkt gehen, ohne zu riskieren, vom Weltkapitalismus derart geschröpft zu werden, daß jede gemeinnützige Produktion von vornherein aufhört. Es müssen also internationale wirtschaftliche Verständigungen angebahnt werden, um aus dem problematischen Sozialismus in den rein praktischen hineinzukommen. Dazu sind Verständigungen von Volk zu Volk, von Volksvertretung zu Volksvertretung nötig. Bis heute aber sind Volksvertretungen die einzig anerkannten Faktoren, denen solche Verständigungen übertragen werden können, sollen sie wirklich im Volksinteresse wirken. Der deutschen Nationalversammlung, als der freigewähltesten, wird dabei die gewaltigste Aufgabe zufallen. Sie wird ihre internationale wirtschaftliche Verständigungsarbeit sofort und planmäßig auf die Entkapitalisierung der Welt einstellen und wird die Volksvertretungen der andern Länder langsam aber sicher mitreißen. Daß man sich bei dieser Aufgabe des deutschen Revolutionsparlaments abseits stellen kann, ist nur schwer zu begreifen. Hier ist die einzige Möglichkeit, die Weltrevolution im Sinne des internationalen Sozialismus durchzuführen. Wer „gleichgültig" bleibt, der hemmt nicht nur, sondern gefährdet die Revolution.

Die christliche Volkspartei.

Das Zentrum hat sich bei Adolf Hoffmann zu bedanken, daß es bei den Wahlen zur Nationalversammlung über sein eigenes Erwarten hinaus gut abgeschnitten hat. Es bröckelte schon lange im Zentrumsbureau. Und bei den Reichstagswahlen 1912 büßte es nicht nur 110 000 Stimmen, sondern auch 15 Mandate ein. Das religiöse Band erwies sich nicht mehr als fest genug zum Zusammenhalten der widerstrebenden Interessengruppen und -klassen. Während des Krieges hatte die Gruppe Erzberger dem Peter Spahn gewaltsam die Führung aus der Hand gerissen und das Fraktionssteuer nach links herumgeworfen. Nur teilweise machte die Partei im Lande die Schwenkung mit; die anderen hielten zum Annexionisten Spahn.

Die Zentrumsanhänger aus Arbeiterkreisen haben schon längst eine gründliche Aenderung der Politik und der Organisation des Zentrums gefordert. Namentlich die [illegible] rechtsfeindliche Haltung des Zentrums im preußischen Abgeordnetenhause schuf große Erbitterung unter den katholischen Arbeitern. Im Juni und Juli 1918 kam es unter Führung der christlichen Gewerkschaftler Stegerwald, Kloft und Vogelsang zu großen Kundgebungen gegen die eigene Partei, die man beschuldigte, den Konservativen zuliebe immer wieder die politischen und wirtschaftlichen Interessen der erwerbstätigen Bevölkerungsschichten verschachert zu haben. Die christlichen Arbeiterführer erklärten, daß die katholischen Arbeiter auf den vom Zentrum in allen schwierigen Situationen ausgestoßenen Alarmruf: „Die Religion ist in Gefahr!" nicht mehr hineinfallen würden.

Vollends die gewaltigen politischen Umwälzungen der jüngsten Monate würden das Zentrum zu einer unbedeutenden Bauern- und Mittelstandspartei heruntergedrückt haben, wenn ihm nicht in dem preußischen „Kultusminister" Adolf Hoffmann ein Retter erstanden wäre. Es war soweit gekommen, daß man forderte, der „ruhmbedeckten" Namen „Zentrumspartei" durch die Bezeichnung „Freie deutsche Volkspartei" (Köln), „Christlich-demokratische Volkspartei" (Berlin), „Bayerische Volkspartei" für Bayern usw. zu ersetzen. Die Bayern sagten sich sogar förmlich von der alten Partei los, machten sich ein eigenes, neues Programm und wollten im Reiche nur von Fall zu Fall mit den früheren Parteifreunden zusammenwirken. Der rheinische Katholikenführer Dr. Brauweiler schlug vor, im Reiche eine christliche Volkspartei „als ganz neues Parteigebilde zu schaffen, das mit der Geschichte der alten Partei nicht belastet" sei.

Fast fünfzig Jahre lang hatte das Zentrum sich ohne ein Parteiprogramm durchgeschlagen. Kaum acht Tage nach der Novemberrevolution aber lagen gleich drei neue Programmentwürfe vor, die an die neue Republik die denkbar größten Zugeständnisse machten, obwohl das Reichstagszentrum sich vorher sogar dem harmlosen parlamentarischen System widersetzte, und man bis zur letzten Minute für das Bleiben Wilhelms des Deserteurs eingetreten war. Indes war es für den aufmerksamen Beobachter ganz unzweifelhaft, daß die schuldbeladene Partei nicht mehr zu retten und daß ihr Verfall unaufhaltsam war.

Da kamen die dilettantischen „Erlasse" des Freidenkerhäuptlings Adolf Hoffmann. Innerhalb weniger Tage vermochten die Zentrumsführer das Kulturkampfgespenst zur Riesenglut anzufachen. Landauf, landab kamen nie gekannte Massenversammlungen zustande, und ein Protestortkan blies die Verordnungen des Kultusministeriums in alle Windrichtungen. Das Zentrum war gerettet, und ein Uebriges taten dann die von Adolf Hoffmanns „unabhängigen" Freunden großgepäppelten und bei ihren blutigen Vorstößen tatkräftig und publizistisch unterstützten Spartakusbanden. Das deutsche Volk war zu zwei Dritteln bereit gewesen, der Sozialdemokratie mit einer gewaltigen parlamentarischen Mehrheit die Leitung und Verwaltung des neuen sozialistischen Deutschland anzuvertrauen; der von den Unabhängigen präsentierte „Kultusminister" und der von den Unabhängigen begünnerte Spartakusterror haben alles zertrümmert. Die Landeswahlen in Baden, Bayern und Württemberg haben bereits gezeigt, daß das Zentrum wieder stark und lebenskräftig dasteht, und auch die Ergebnisse der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung haben das Zentrum zwar enttäuscht, unter den rückschrittlichen Parteien aber hat es doch noch am besten abgeschnitten.

Das Entscheidende ist jedoch, daß das Zentrum seine bisherige Rolle als Puffersteuer zwischen der demokratischen Linken und der reaktionären Rechten ausgespielt hat. Es ist ferner nicht mehr die ausschlaggebende Partei, die nach Belieben eine Mehrheit nach rechts oder nach links bilden konnte. Im Reich und in den Einzelstaaten sind feste demokratische Mehrheiten vorhanden. Und die am 30. Dezember 1918 durch den Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei in Frankfurt a. M. endgültig formulierten Leitsätze, die das gegenwärtige Programm des Zentrums darstellen sollen, erschweren dem Zentrum einigermaßen seine bisherige opportunistische, „von Fall-zu-Fall-Politik". Das Zentrum ist nicht mehr die herrschende Partei, selbst im klerikalen Bayern nicht mehr.

Der jüngste Versuch, den konfessionellen Charakter der Partei zu verschleiern und aus den Reihen der Protestanten Stimmen und Mitglieder zu fangen, wird den Verfall nicht aufhalten. Daran wird auch die Gründung des neuen „Bundes christlicher Demokraten, evangelischer Zweigverein der Zentrumspartei", der in Berlin seinen Sitz hat und an dessen Spitze Pfarrer Häcker und Professor Dunkmann stehen, nichts ändern, selbst wenn die dagegen auftretende Gegenbewegung aus evangelischen Kreisen weniger energisch sein würde.

Seit Jahren wächst unter den Zentrumsanhängern immer mehr die Erkenntnis, daß die Zugehörigkeit zu den politischen Parteien sich nicht nach den religiösen Anschauungen, sondern nach den wirtschaftlichen und Klasseninteressen zu entscheiden hat. Die katholischen Arbeiter erkennen in wachsendem Maße, daß die bisherige Zentrumspolitik des angeblichen „Ausgleichs auf der mittleren Linie" stets nur auf ihre Kosten zugunsten der besitzenden Berufsstände gemacht worden ist.

Die Hoffmannsche Kirchenpolitik, die vorgreifend mit autokratischen Erlassen arbeitete, statt den Weg der Beratung und Gesetzgebung durch die demokratisch zustande gekommene Volksvertretung zu wählen, hat dem Zentrum noch einmal ermöglicht, der Religion eine gewichtige Rolle im Wahlkampf zuzuweisen. Noch einmal ist es dem Zentrum gelungen, die Aufmerksamkeit weiter kirchentreuer Kreise von seiner nach Vergeltung schreienden kriegshetzerischen und kriegsverlängernden Politik, von seiner jahrzehntelangen Verhinderung jeder Reform des preußischen Dreiklassenwahlsystems, von seiner langjährigen volksfeindlichen Militär-, Zoll- und Steuerpolitik abzulenken. Nur kurze Zeit wird es jetzt noch bedürfen, um den ein letztes Mal irregeleiteten katholischen Volksmassen durch die Tat zu beweisen, daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, religiöse Empfindungen und kirchliche Freiheiten anzutasten, sondern daß wir gar nichts weiter wollen als gleiches Recht zu schaffen für alle Weltanschauungen und Glaubensinsteme, daß der Staat keines der in Zukunft völlig freien Bekenntnisse weder fördern noch behindern darf. Dann wird der zwischen Sozialdemokratie und Zentrum auszufechtende politisch-ökonomische Endkampf ohne die von der klerikalen Seite hervorgerufenen Nebel religiöser Verhetzung ausgetragen werden, und er wird zu der Zurückdrängung des reaktionären Zentrums in die ihm naturgemäß gebührende Bedeutungslosigkeit einer kleinbürgerlich-bäuerlichen Gruppe führen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190127-19/fragment/page=0001

Die sozialdemokratische Fraktion in der Nationalversammlung.

Von den 86 Fraktionsmitgliedern im Reichstage werden 60 in der Nationalversammlung wieder erscheinen. Sie sind in nachstehender Zusammenstellung durch Fettdruck ausgezeichnet. Außerdem werden auch Otto Hue, Karl Severing und Friedrich Lesche als frühere Fraktionsmitglieder der Nationalversammlung angehören. Die andern 102 sind neugewählt.

1. Wahlkreis: Ostpreußen.

Otto Braun, Landwirtschaftsminister, Berlin. Frau Wilhelmine Kähler, Berlin-Steglitz. Joseph Lübbring, Bezirksleiter, Königsberg. Theodor Wolff, Parteisekretär, Tilsit. Heinrich Schulz, Schriftsteller, Berlin. Theodor Kotzbur, Sekretär des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, Berlin. Willi Steinkopf, Postsekretär, Königsberg.

2. Wahlkreis: Westpreußen.

Julius Gehl, Parteisekretär, Danzig. Hermann Schulz, Stadtverordneter, Elbing. Anna Simon, Sekretärin, Brandenburg a. d. H. Walter Reek, Gewerkschaftssekretär, Danzig. Dr. Hans Zint, Amtsrichter, Danzig.

3. Wahlkreis: Berlin.

Philipp Scheidemann, Berlin. Richard Fischer, Berlin. Wilhelm Pfannkuch, Berlin. Robert Schmidt, Berlin. Hugo Heimann, Stadtverordneter, Berlin.

4. Wahlkreis: Regierungsbezirk Potsdam.

Rudolf Wissel, Zentral-Arbeitersekretär, Berlin-Treptow. Marie Juchacz, Parteisekretärin, Berlin. Otto Sidow, Zeitungsverleger, Brandenburg a. d. H. Emil Stahl, Stadtverordneter, Spandau. Hermann Müller, Arbeitersekretär, Berlin-Lichtenberg.

5. Wahlkreis: Teltow-Beeskow.

Fritz Ebert, Mitglied der Reichsregierung, Berlin-Treptow. Franz Krüger, Geschäftsführer, Köpenick. Elfriede Ryneck, Berlin-Treptow.

6. Wahlbezirk: Regierungsbezirk Frankfurt a. d. Oder.

Otto Wels, Parteisekretär, Friedrichshagen. Oswald Schumann, Gewerkschaftsbeamter, Mahlsdorf. Karl Giebel, Privatangestellter, Berlin-Südende. Richard Schmidt, Parteisekretär, Berlin.

7. Wahlkreis: Pommern.

Alwin Körsten, Gewerkschaftssekretär, Berlin. August Winnig, Verbandsvorsitzender, Hamburg. Alexander Kuntze, Lagerist, Stettin. Simon Katzenstein, Schriftsteller, Charlottenburg. Frau Else Höfs, Stettin.

8. Wahlbezirk: Posen.

Wilhelm Schulz, Gewerkschaftssekretär, Bromberg. Paul Stoeßel, Gewerkschaftssekretär, Bromberg.

9. Wahlbezirk: Regierungsbezirk Breslau.

Gustav Bauer, Staatssekretär, Neukölln-Berlin. Paul Löbe, Stadtverordneter, Breslau. Hermann Sachse, Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes, Bochum i. Westf. Franz Feldmann, Gemeinderat, Ober-Langenbielau. Hermann Müller, Parteisekretär, Tempelhof-Berlin. Fritz Voigt, Sanitätssoldat, Breslau.

10. Wahlkreis: Regierungsbezirk Oppeln.

Otto Hörsing, Parteisekretär, Beuthen. Frau Drioda Hauke, Kattowitz. Heinrich Köffler, Gewerkschaftssekretär, Kattowitz. Anton Bras, Parteisekretär, Beuthen-Roßberg. Roman Becker, Maler, Gleiwitz.

11. Wahlkreis: Regierungsbezirk Liegnitz.

Paul Taubadel, Redakteur, Görlitz. Georg Davidsohn, Schriftsteller, Berlin. Emil Girbig, Vorsitzender des Glasarbeiterverbandes, Berlin. Karl Dietrich, Gewerkschaftssekretär, Breslau.

12. Wahlkreis: Magdeburg-Anhalt.

Otto Landsberg, Rechtsanwalt und Volksbeauftragter, Berlin. Wolfgang Heine, Vorsitzender des Staatsrates, Dessau. Hermann Silberschmidt, Stadtverordneter, Köpenick-Uhlenhorst. Ferdinand Bender, Gewerkschaftsbeamter, Elberfeld. Paul Bader, Chefredakteur, Magdeburg. Minna Bollmann, Ehefrau, Halberstadt.

13. Wahlkreis: Regierungsbezirk Merseburg.

Adolf Thiele, Schriftsteller, Halle a. d. S.

14. Wahlkreis: Schleswig-Holstein.

Karl Legien, Reichstagsabgeordneter, Berlin. Karl Frohme, Reichstagsabgeordneter, Hamburg. Luise Schröder, Sekretärin, Altona. Heinrich Kürbis, Stadtverordneter, Altona. Peter Michelsen, Stadtverordneter, Flensburg.

15. Wahlkreis: Aurich-Osnabrück-Braunschweig.

August Brey, Verbandsbeamter, Hannover. Dr. Heinrich Jasper, Rechtsanwalt, Braunschweig. Frieda Lührs, Fürsorgerin, Hannover. Friedrich Lesche, Geschäftsführer, Hamburg. Gustav Fischer, Buchdrucker, Hannover. Friedrich Rauch, Schriftleiter, Linden. Ernst Schädlich, Arbeitersekretär, Celle.

17. Wahlkreis: Regierungsbezirk Münster-Minden.

Karl Severing, Redakteur, Bielefeld. Alfred Janscheck, Arbeitersekretär, Essen. Karl Schreck, Parteisekretär, Bielefeld. Wilhelm Schlüter, Gauleiter, Herford.

18. Wahlkreis: Regierungsbezirk Arnsberg.

Max König, Stadtrat, Dortmund. Otto Hue, Redakteur, Essen-Rüttenscheid. Heinrich Hausmann, Bergmann, Eichlinghofen. Frau Klara Schuch, Schriftstellerin, Berlin-Britz. Ewald Budde, Gewerkschaftssekretär, Lüdenscheid. Nikolaus Osterroth, Arbeitersekretär, Hamm (Westfalen). Hans Liebig, Redakteur, Hagen-Haspe.

19. Wahlkreis: Hessen-Nassau.

Philipp Scheidemann, Volksbeauftragter, Berlin-Steglitz. Dr. Max Quarck, Schriftsteller, Frankfurt a. M. Georg Thöne, Stadtverordneter, Kassel. Gustav Hoch, Schriftsteller, Hanau. Friedrich Brühne, Schuhmachermeister, Sachsenhausen. Frau Johanna Tesch, Frankfurt a. M. Dr. Hugo Sinzheimer, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.

20. Wahlkreis: Köln-Aachen.

Johann Meerfeld, Redakteur, Köln. Wilhelm Sollmann, Stadtverordneter, Köln. Elisabeth Röhl, Köln.

21. Wahlkreis: Koblenz-Trier.

Schäfer, Gewerkschaftssekretär, Saarbrücken. Pokorny, Bergarbeiter, Saarbrücken.

22. Wahlkreis: Reg.-Bez. Düsseldorf I.

Karl Obermeyer, Gewerkschaftsbeamter, Essen a. d. Ruhr. Viktor Jantzen, Gauleiter, Düsseldorf. Ernst Dröhner, Parteisekretär, Elberfeld.

23. Wahlkreis: Reg.-Bez. Düsseldorf II.

Otto Braun, preuß. Minister für Landwirtschaft, Berlin-Friedenau. Heinrich Jäcker, Metallarbeiter, Düsseldorf. Joh. Thabor, Bauarbeiter, Krefeld. Cäsar Meyers, Parteisekretär, Essen.

24. Wahlbezirk: Oberbayern und Schwaben.

Erhard Auer, Minister des Innern, bisher Landtagsabgeordneter, München. Alwin Saenger, Rechtsanwalt, München. Georg Simon, Redakteur und Magistratsrat, Augsburg. Toni Pfülf, Volksschullehrerin, München. Heinrich Gölzer, Schreinermeister, bisher Landtagsabgeordneter, Kempten. Martin Gruber, Redakteur und Gemeindebevollmächtigter, München.

25. Wahlbezirk: Niederbayern und Oberpfalz.

Michael Burgau, Arbeitersekretär, Regensburg. Peter Holl, Kaufmann, Passau.

26. Wahlbezirk: Franken.

Dr. Adolf Braun, Chefredakteur, Nürnberg. Johann Vogel, Parteisekretär, Fürth. Fritz Endres, Arbeitersekretär und Gemeindebevollmächtigter, Würzburg. Michael Hierl, Geschäftsführer und Magistratsrat, Schwabach. Johann Vanser, Redakteur und Magistratsrat, Bayreuth.

27. Wahlbezirk: Rheinpfalz.

Binder, Stadtrat, Ludwigshafen. Hoffmann, Bürgermeister, Kaiserslautern.

28. Wahlkreis: Dresden.

Dr. Georg Gradnauer, Schriftsteller, Dresden-A. Wilhelm Buck, Arbeitersekretär und Stadtrat, Dresden-N. Hermann Kahmann, Parteisekretär und Gemeindeältester, Potschappel bei Dresden. Ernestine Lutze, Hausfrau, Dresden-N. Magnus Haack, Gewerkschaftsbeamter, Dresden-N. Richard Schmidt, Redakteur, Meißen. Hermann Krätzig, Redakteur, Berlin O. 34.

29. Wahlkreis: Leipzig.

Karl Pinkau, Photograph, Leipzig. Arbeitersekretär August Lüttich, Leipzig.

30. Wahlkreis: Chemnitz.

Gustav Noske, Chefredakteur, Chemnitz. Richard Meyer, Parteisekretär, Zwickau. Georg Schöpflin, Redakteur, Berlin. Daniel Stücklen, Schriftsteller, Berlin-Steglitz. Hermann Molkenbuhr, Stadtrat, Berlin-Schöneberg. Minna Schilling, Hausfrau, Döbeln. Paul Röhle, Arbeitersekretär, Plauen. Max Jungnickel, Parteisekretär, Annaberg.

31/32. Wahlkreis: Württemberg.

Wilhelm Keil, Redakteur, Ludwigsburg. Karl Hildenbrand, Geschäftsführer der Volksfürsorge, Hamburg. Albert Salm, Mechaniker, Wangen-Stuttgart. Alexander Schlicke, 1. Vors. d. Deutsch. Metallarbeiterverbandes, Stuttgart. Gottlieb Kenngott, Arbeitersekretär und Gemeinderat, Eßlingen. Otto Steinmayer, Gewerkschaftsangestellter, Stuttgart. Anna Blos, Schriftstellerin, Degerloch-Stuttgart.

33. Wahlkreis: Baden.

Oskar Geck, Redakteur und Stadtverordneter, Mannheim. Oskar Trinks, Parteisekretär und Stadtverordneter, Karlsruhe. Leopold Rückert, zurzeit Verkehrsminister, Karlsruhe. Christian Stock, Arbeitersekretär und Stadtverordneter, Heidelberg. Lorenz Riedmiller, Holzarbeiter, Emmendingen.

34. Wahlkreis: Hessen.

Karl Ulrich, Ministerpräsident, Offenbach a. M. Dr. Eduard David, Unterstaatssekretär, Berlin. Dr. Ludwig Quessel, Schriftsteller, Darmstadt. Ludwig Haßenzahl, Elfenbeinschnitzer, Erbach i. O.

35. Wahlkreis: Mecklenburg, Lübeck.

Franz Starosson, Staatsminister, Schwerin. Johannes Stelling, Redakteur, Lübeck. Hans Krüger, Staatsminister, Neustrelitz.

36. Wahlkreis: Groß-Thüringen.

Paul Reißhaus, Kaufmann, Erfurt. August Baudert, Schriftsteller, Weimar. Arthur Hofmann, Buchdruckereibesitzer, Saalfeld a. d. Saale. Hermann Käppler, Redakteur, Berlin-Köpenick. Minna Eichler, Frau, Eisenberg, S.-A.

37. Wahlkreis: Hamburg, Bremen und Reg.-Bez. Stade.

Otto Stolten, Redakteur, Hamburg. C. August Hellmann, Volksschullehrer, Hamburg. Karl Deichmann, Gewerkschaftsangestellter, Neuenland bei Bremen. Karl A. Heuse, Gewerkschaftssekretär, Hamburg. Johanne Reitze, Ehefrau, Hamburg. Karl Winkelmann, Gewerkschaftsangestellter, Bremen.

Von den bisherigen Fraktionsmitgliedern fehlen zunächst die vier Elsässer Böhle, Fuchs, Emmel und Peirotes, dann Antrick, Bloß, Dietz, Cohen-Reuß, Ewald, Feuerstein, Eder, Fischer, Göhre, Grenz, Haberland, Hugel, Dr. Lensch, Leutert, Neus, Schmidt-Würzburg, Segitz, Spiegel, Stubbe, Dr. Südekum, Uhlig, Vollmar, Wendel.

Tagesgeschichte.

Unabhängige Krähwinkeleien.

Die krankhafte Sucht unabhängiger Führer, unter allen Umständen die Verhältnisse so zu verzerren, daß sie ihren Wünschen entsprechen, hat am Sonnabend in Braunschweig zur Gründung einer nordwestdeutschen Bundesrepublik geführt. 50 bis 60 Vertreter von Braunschweig, Hamburg, Anhalt, Sachsen, Provinz Sachsen, Hannover, Bremen, Essen und Oldenburg, sämtlich unabhängige Mitglieder ihrer A.- und S.-Räte beschlossen, nach dem Ausfall der Nationalwahlen könne das Werk der Revolution nur gesichert werden, wenn die A.- und S.-Räte die politische Macht fest in den Händen behalten. Die Demobilisierung und Sozialisierung könne nicht das Werk einer Partei sein, welche die bürgerlichen Kräfte auslöst und organisiert zur Niederwerfung der Revolution. Sie könne auch nicht das Werk der bürgerlichen reaktionären Nationalversammlung sein.

„Die A.- u. S.-Räte Westdeutschlands verpflichten sich daher untereinander, die politische Macht nicht aus den Händen zu geben. Sie werden die politische Macht, die sie von den revolutionären Arbeitern und Soldaten erhalten haben, so lange behalten, bis das Werk der Revolution vollkommen gesichert ist."

Nach einem Vortrag Sepp Oerters wurde die Gründung von zehn mittel- und nordwestdeutschen sozialistischen Freistaaten empfohlen, nämlich Sachsen mit Provinz Sachsen Altenburg und beiden Reußen, Hauptstadt Leipzig; Thüringen bis zur Fulda und zum Harz reichend, Hauptstadt Erfurt; Hessen, Hessen-Nassau und Kurhessen umfassend, Hauptstadt Frankfurt a. M.; Rheinland-Westfalen, [illegible]; Hannover, Hauptstadt Hannover; Oldenburg, Hauptstadt Oldenburg; bremischer Dreistaat, Hauptstadt Bremen; Braunschweig mit Lüneburg, Teilen von Hannover und Anhalt, Hauptstadt Braunschweig; Hamburg mit Schleswig-Holstein, Hauptstadt Hamburg, Altmark mit Anhalt, Hauptstadt Magdeburg. — Wenn möglich, sollen diese zehn Freistaaten unter sich wieder ein geschlossenes Ganzes bilden mit der Hauptstadt Kassel.

Mit dem ganzen deutschen Reich würde sich dieser Sonderstaat nur verbinden, „wenn das deutsche eine auf dem Rätesystem beruhende entschiedene sozialistische Regierung hat" und alle Personen aus der Regierung entfernt sind, „die sich während des Krieges und der Revolution kompromittiert haben." — Geht die Regierung darauf nicht ein, so wollen die vereinigten westdeutschen Freistaaten sich als selbständig und unabhängig von der Berliner Regierung erklären und sofort mit der Entente einen Friedensabschluß suchen.

In der Debatte gelangte zum Ausdruck, daß bindende Beschlüsse über die Hauptfragen noch nicht gefaßt werden könnten. Eine siebengliedrige Kommission soll die Fragen vorberaten. — Politisch ist der Vorstoß eine Krähwinkelei verschrobenster Art. Aber das Unternehmen ist trotzdem nicht ungefährlich. Das A und das Z des ganzen Beginnens ist, man will die politische Macht der A.- und S.-Räte vereinigen. Was augenblicklicher Notbehelf war und mit allen Gebrechen eines solchen behaftet ist, soll dauernde Grundlage werden, damit kleine Ortsgrößen, die der Zufall an die Spitze gebracht hat, sich dauernd im Glanze ihrer Bedeutung sonnen können. Wird die nach dem demokratischsten Wahlgesetze der Welt zusammengesetzte Nationalversammlung eine grundlegende Reichsverfassung gegeben haben, und werden auch in Preußen die Gemeindewahlen auf demokratischster Grundlage stattgefunden haben, dann sind überall im Reich, in den Bundesrepubliken und in den Gemeinden vollwertige Vertretungen vorhanden, und damit erlischt die Tätigkeit der A.- und S.-Räte von selbst. Ihre Aufgaben übernehmen dann die gesetzlichen Vertretungskörper, in denen dieselben Personen sitzen können, die die A.- und S.-Räte gebildet hatten.

Regierung und Nationalversammlung.

Nachdem die Freiheit wochenlang „Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann!" gebrüllt hat, stellt sie sich jetzt sehr betroffen gegenüber der Aussicht, daß die Regierung Ebert-Scheidemann verschwinden und einer demokratisch-sozialistischen Koalitionsregierung Platz machen könnte. Sie ist jetzt ganz und gar dafür, daß die Regierung Ebert-Scheidemann bleibt, und sagt darüber:

„Jetzt handelt es sich um die Nationalversammlung, die zur Erfüllung ganz bestimmter Aufgaben gewählt ist: zur Schaffung einer Verfassung, zur Erledigung der dringendsten Steuergesetze, vielleicht noch des Friedensschlusses. Es ist nicht einzusehen, warum eine sozialistische Regierung vor Durchführung dieser Aufgaben das Mandat, das sie von der Revolution erhalten hat, einfach wegwerfen sollte. Die genannten Fragen können in der Nationalversammlung durch Majoratsbeschlüsse gelöst werden, die die Demokratie anerkennen muß. Aber über die Zusammensetzung der Regierung kann erst das ordentliche Parlament entscheiden, das auf Grund der neuen Verfassung zusammenberufen werden muß. Bis dahin müßte eine sozialistische Regierung und der Zentralrat im Amt bleiben."

Der Unterschied, den die Freiheit zwischen der Nationalversammlung und dem „ordentlichen Parlament" macht, ist gekünstelt. Die Revolution hat dem Volk das Selbstbestimmungsrecht gebracht; in dem Augenblick, in dem eine vom Volk gewählte Vertretung da ist, geht die höchste Gewalt im Staate ohne weiteres auf sie über. Keine Regierung kann sich ihr entgegenstellen, ohne damit den Grundsatz der Demokratie selbst preiszugeben. Die Erhaltung einer rein sozialistischen Regierung wäre nur möglich im Einvernehmen mit den Demokraten, falls diese bereit wären, die Regierung zu unterstützen, ohne sich direkt an ihr zu beteiligen. Um die Tatsache einer parlamentarischen Koalition kämen wir damit nicht herum, ebensowenig um den Umstand, daß die Regierung genötigt ist, bei einer parlamentarischen Mehrheit Deckung zu suchen. Indem die Freiheit diese simplen, jedem praktischen Politiker selbstverständlichen Tatsachen verdreht, bleibt sie nur ihrer Aufgabe treu, eine heillose Konfussion in Arbeiterköpfen anzurichten.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die unhaltbaren wirtschaftlichen Zustände haben im Kabinett den Entschluß reifen lassen, radikal durchzugreifen und Maßnahmen ins Werk zu setzen, die der mehr und mehr Platz greifenden chaotischen Verwirrung unseres Wirtschaftslebens Einhalt zu tun geeignet sind. Ohne weiteres ist klar, daß der Hebel, an den hier anzusetzen ist, der Arbeitsmarkt, besonders das brennende Problem der Arbeitslosigkeit sein muß. Bedenkt man, daß allein in der Landwirtschaft die Zahl der fehlenden Arbeitskräfte auf annähernd 600 000 Personen beziffert werden kann und schon jetzt die Frühjahrsbestellung unter solchen Verhältnissen als ernstlich gefährdet gelten muß, erwägt man weiter, daß die Lebensmittelversorgung Deutschlands durch die Entente aufs Engste mit einer höchstgesteigerten Ausfuhr von Kohlen, Kali und Industrieerzeugnissen verknüpft ist, es kann kein Zweifel sein, daß sich gegen die erschreckend anwachsende Arbeitslosigkeit in Bälde von selbst Zwangsmaßnahmen aufdrängen, von denen die eben veröffentlichte Verordnung von 15. Januar 1919, nach welcher den Kommunen das Recht zusteht, in allen Fällen, wo Arbeitsannahme unbegründet verweigert wird, die Erwerbslosenunterstützung zu entziehen, vielleicht nur den ersten Schritt bedeutet. Sollte dieser sanfte Druck nicht hinreichen, so wird man voraussichtlich vor schärferen Maßnahmen nicht zurückschrecken. Schon jetzt kann gesagt werden, daß Erwägungen in diesem Sinne im Gange sind.

Die Lage in den Kohlenrevieren.

Entgegen den günstiger lautenden Nachrichten einiger Blätter muß festgestellt werden, daß in Oberschlesien die Kohlenförderung infolge des Streiks noch immer äußerst gering ist. Am 23. Januar sind 2463 Wagen (gegen normal etwa 12 000) versandt worden. Am 24. Januar sind nur 2418 Wagen angefordert worden. Es streiken immer noch 34 Gruben. Da in Oberschlesien Frostwetter eingetreten ist, wird mit der baldigen Einstellung des Umschlages in Kosel gerechnet werden müssen, so daß ausschließlich der Bahnweg für die Beförderung übrig bleiben wird. Infolge der bekannten Eisenbahnschwierigkeiten gestaltet sich die Abfuhr schleppend.

Im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier wurden am 23. Januar 9764 Wagen (gegen rund normal etwa 24 000) versandt.

Und trotzdem!

Wie vorauszusehen war, erklären die Unabhängigen ihre blamable Niederlage bei den Wahlen zur Nationalversammlung auf den Mangel an „aufklärenden" Preßorganen zurück. Wir haben bereits die Hinfälligkeit dieser feigen Ausflucht durch den Hinweis auf Berlin dargetan, wo drei unabhängige Organe unserem Vorwärts gegenüberstehen, aber trotzdem die Flucht aus den Reihen der Unabhängigen katastrophal zu werden droht. Noch eklatanter ist die Abstimmung in Solingen gewesen. Dort herrscht die Bergarbeiter-Stimme Dittmanns allein. Und das Ergebnis? In Solingen selbst wurden für die sozialdemokratische Liste 8646 Stimmen abgegeben, für die Unabhängigen 4608. Im Landkreise Solingen fielen auf die sozialdemokratische Liste 18 522, auf die unabhängige 21 347 Stimmen. Insgesamt erhielten somit die Sozialdemokraten 27 168, die Unabhängigen 25 955 Stimmen. Und das in Solingen!

Die unabhängige Fraktion

wird nur 22 Mitglieder zählen. Von der Reichstagsfraktion gehören ihr an Haase, Zubeil, Kunert, Raute, Simon, Geyer, Bock, Wurm, Dr. Cohn, Henke. Nicht wiedergewählt sind Albrecht, Ed. Bernstein, Brandes, Büchner, Dittmann, Dr. Erdmann, Dr. Herzfeld, Horn, Hüttmann, Jäckel, Ledebour, Styssel, Schwartz, Vogtherr. Zehn Wiedergewählten stehen somit 14 Nichtwiedergewählte gegenüber.

Teuerungszulagen für Militärhinterbliebene.

Berlin, 25. Januar. Vor kurzem haben die Militär-Rentenempfänger eine einmalige Teuerungszulage erhalten. Nunmehr soll auch den Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterklassen eine solche Teuerungszulage gewährt werden, indem ihnen beim Empfange der für Februar dieses Jahres zustehenden gesetzlichen Versorgungsgebührnisse, Zuschläge zur Kriegsversorgung, laufenden Zuwendungen und laufenden Unterstützungen statt des einfachen Monatsbetrages der anderthalbfache Monatsbetrag ausgezahlt werden wird. Zu den vorbezeichneten Hinterbliebenen zählen sämtliche Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterklassen (Witwen, Waisen, Eltern, Stiefkindern, Stiefeltern, uneheliche Kinder usw.), denen auf Grund der Militärversorgungsgesetze oder besonderer Verwaltungsvorschriften ein laufender Bezug aus Militärfonds zusteht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190127-19/fragment/page=0002

Der Wahlkampf im Bezirk Halle-Merseburg.

Etwas von der Taktik und dem Terror der Unabhängigen.

„Die unabhängige Sozialdemokratie hat im Wahlbezirk Halle-Merseburg einen glänzenden Sieg erfochten“, schreibt das hallische Volksblatt. Es lohnt sich vielleicht, einmal zu beleuchten, wie dieser „Sieg“ zustande gekommen ist, unter welchen Bedingungen unsere Partei in diesem Bezirk in den Wahlkampf zog und mit welchen Schwierigkeiten sie zu kämpfen hatte. Vorweg genommen sei aber, daß trotz dieser schier unüberwindlichen Schwierigkeit die alte sozialdemokratische Partei einen ganz bedeutenden Achtungserfolg errungen, rund 110 000 Stimmen auf ihre Liste vereinigt hat, und daß es ihr während des Wahlkampfes gelungen ist, eine ganz neue Organisation, die fast über den ganzen weit ausgedehnten Bezirk verbreitet ist, aufzubauen, die mit aller Energie weiter ausgebaut werden und bei künftigen Wahlen es ermöglichen wird, die beim ersten Hieb erzielten Erfolge zu vervielfältigen. Die Vorbedingungen dafür sind gegeben und zahlreiche Anzeichen sprechen für die Richtigkeit dieser Annahme.

Nach der 1917 erfolgten Spaltung der Partei ist die hallische Organisation und die des ganzen Bezirks zu den Unabhängigen übergegangen. Nur in Halle war es möglich, sofort eine neue Organisation zu schaffen; in anderen Bezirksorten waren wohl Mitglieder der alten Partei treu geblieben, aber an eine feste Organisation und Neuaufbau der Organisation war während des Krieges nicht zu denken. Nach der Revolution, die erst die nötige Bewegungsfreiheit brachte, wurde allerdings energisch ans Werk gegangen und die kurze Zeit bis zur Wahl eifrig genutzt. Dagegen hatten die Unabhängigen die alte, feste, feinverästelte Organisation in Händen, und haben diesen Vorteil in einer Weise ausgenutzt, daß es lohnt, darüber einmal ein paar Worte zu verlieren.

Sofort, als es feststand, daß die Wahlen zur Nationalversammlung vorgenommen werden, gingen unsere Genossen hinaus in den weiten Bezirk, um für die alte sozialdemokratische Partei zu werben. Ueberall sollten Versammlungen abgehalten wreden, aber hier stießen wir schon auf die ersten Schwierigkiten. Vermöge ihres Apparates störten die Unabhängigen unsere Versammlungen, wo sie nur konnten. Doch die vielen Versammlungsstörungen und -sprengungen einzeln aufzuführen, ist geradezu eine Unmöglichkeit. Zahllose Berichte sind uns darüber zugegangen. Wir wollen als Beispiele nur einige besonders prägnante Fälle hervorheben. In einer Versammlung in Sandersdorf wurde Genosse Spengler aus Bitterfeld, der ein Referat für unsere Partei halten sollte, mit einem Sturm von Schimpfworten aller Art empfangen und unter Rufen, wie: Raus ihr Lumpen, sonst schlagen wir euch die Knochen kaputt, wurde Genosse Spengler aus dem Saale gedrängt. In Eisleben, wo ein Vertreter des hallischen Soldatenrates für die alte Partei referierte, wurde unser dortiger Wahlleiter, Genosse Müller, der die Versammlung leitete, nach tumultuarischen Szenen schwer mißhandelt und blutig geschlagen, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. In einer vom A.- und S.-Rat in Cöllme einberufenen Versammlung sollte unser Kandidat, Genosse Garbe-Halle, sprechen. 200 bis 300 Unabhängige, die eine Demonstration veranstaltet hatten, drangen in den Saal. Sie forderten die Versammlungsteilnehmer auf, sich ihnen anzuschließen; als diese der Aufforderung nicht folgten, gingen die Demonstranten zu Tätlichkeiten über, mit Stöcken und Fäusten wurde dreingeschlagen, und mehrere Personen wurden so schwer mißhandelt, daß sie bewußtlos zusammenbrachen. Auch Genosse Garbe wurde mißhandelt, nur dem Dazwischentreten eines Matrosen war es zu danken, daß er nicht niedergeknüttelt wurde.

Natürlich blieb dieser Terror nicht ohne Folgen: schwieriger wurde es, Versammlungen abzuhalten; die Leute in den vielen Orten, die mit unseren Anschauungen sympathisierten, trauten sich nicht heraus. Schwierig war es, die Leute zu bewegen, sich öffentlich zu unserer Partei zu bekennen und für sie zu arbeiten. So bereitete die Flugblattverbreitung große Schwierigkeiten und noch schwieriger war es, für den gegen die Scheidemannpartei hatte leider eine Siedetemperatur gezeitigt, besonders in den Bergarbeiterbezirken, so daß unsere Anhänger sich vor Tätlichkeiten nicht sicher glaubten, wenn sie öffentlich für uns arbeiteten. Daß diese Bedenken nicht zu Unrecht bestanden, bewies der Wahltag selbst. Unsere Stimmzettelverteiler wurden belästigt, beschimpft, bedroht, geschlagen, an einzelnen Stellen gezwungen, ihre Tätigkeit einzustellen. Auch hier können wir nur einzelne Fälle herausgreifen. Im Ammendorfer Bezirk, so in Beesen, in Osendorf wurden unsere Stimmzettelverteiler mit Totschlagen bedroht. In Schkeuditz mußten sich unsere Verteiler die wüstesten Beschimpfungen gefallen lassen, und waren, um Tätlichkeiten zu entgehen, gezwungen, ihre Tätigkeit einzustellen. In Zscherben wurden unserem dort stehenden Genossen die Stimmzettel entrissen, vernichtet und der Verteiler mit Gewalt verjagt. Bezeichnend bei diesen Vorgängen, nach ostelbischem vorrevolutionärem Muster, die wir beliebig ergänzen könnten, ist, daß die Stimmzettelverteiler der bürgerlichen Parteien unbehelligt blieben.

Nun kommt noch ein anderes wichtiges Kapitel, daß uns den Wahlkampf ganz bedeutend erschwert hat. Am 7. Januar fanden in Halle spartakistische Unruhen statt, bei denen auch der Druck unserer Zeitung gehindert, Broschüren und Flugblätter aus der Geschäftsstelle der Volksstimme gewaltsam entfernt und vernichtet wurden. Ebenso wurden auch aus der Druckerei des Hendelschen Verlags die dort für uns gedruckten Flugblätter fortgeschleppt und verbrannt. Der Soldatenrat beschloß zwar nach der Besetzung der Zeitungen durch die Spartakisten, die Zeitungen durch Sicherheitsmannschaften des Soldatenrats besetzen zu lassen, damit, wenigstens vorläufig, das Erscheinen der Zeitungen gesichert sei. Zu jener Zeit hatte aber der Soldatenrat das Heft nicht fest in der Hand und eine allgemeine Unsicherheit begünstigte das Treiben der Spartakisten, die von Zeit zu Zeit der Druckerei der Saale-Zeitung, wo Flugblätter unserer Partei gedruckt wurden, einen Besuch abstatteten, und trotz des anwesenden Sicherheitskommandos, das dem Treiben untätig zusah, die vorgefundenen Flugblätter vernichtete. Dadurch, daß stündlich mit dem Besuch der Spartakisten gerechnet werden mußte und der anwesende Schutz nicht zuverlässig war, entstand eine Unsicherheit, die es ratsam erscheinen ließ, mit dem Druck der Flugblätter zurückzuhalten, und die vor allem, was das Wichtigste ist, den rechtzeitigen Druck unserer Stimmzettel, die in der Maschine zum Druck bereit waren, verhinderte. Unser Drucker machte uns Mitteilung, daß, wenn die Spartakisten die gedruckten Stimmzettel verbrennen würden, er für die Riesenauflage von der besonderen Papiersorte keinen Papierersatz bekommen könne. So gingen kostbare Tage vorüber, das Papier mußte in auswärtige Druckereien geschafft werden und erst reichlich verspätet konnten die Stimmzettel in die Hände der Wähler gebracht werden. So kam es denn, daß durch diese spartakistischen Zwischenfälle, den Mangel an Kräften und den Terror der Unabhängigen viele Orte keine Stimmzettel erhalten konnten. Die Unabhängigen wurden durch das spartakistische Treiben in ihrer Wahlarbeit nicht im geringsten beeinträchtigt, im Gegenteil begünstigt. Zum mindesten im gleichen Maße begünstigt, wie sie das Treiben der hiesigen Spartakusgruppe begünstigten und moralisch stützten.

Noch eins mag nicht unerwähnt bleiben. Gingen die Unabhängigen in ländliche Distrikte, dann arbeiteten sie nur als Sozialdemokraten, nachgewiesenermaßen oft mit dem Material der alten Partei und redeten herzlich wenig davon, daß sie Unabhängige seien. Mehrere Fälle sind vorgekommen, wo sie Mitglieder unter unserem Schilde geworben haben und den neugewonnenen Parteigenossen dann Mitgliedsbücher der unabhängigen Partei zustellten. Und da ist es dann wiederum in mehreren Fällen vorgekommen, daß die so gebildeten neuen Ortsvereine, nachdem sie sahen, was gespielt wird, geschlossen zu unserer Partei übergingen. Ueberall hinzuleuchten, reichte unser noch in der Entwicklung befindlicher Apparat noch nicht aus.

Wir führten den Wahlkampf unter Bedingungen, die ungünstiger nicht zu denken sind. Und wir haben trotz alledem gut abgeschnitten. Aber wir arbeiten weiter, bauen weiter, unsere Organisationen wachsen, wir marschieren und kommen sichtlich vorwärts trotz Terror und Gewaltpolitik. Und wie im ganzen Reiche die alte sozialdemokratische Partei die herrlichsten Siege errungen hat, so können auch wir stolz sein auf das, was wir in dieser „Hochburg“ der Unabhängigen bisher geschafft haben. Und wir werden weiter schaffen und werden weiter vorwärts kommen im Kampfe für das Proletariat, für das Volk,

für die alte sozialdemokratische Partei.

Preußen und Polen.

Zu den in Aussicht genommenen Verhandlungen zwischen den preußischen Polen und Reichsregierung erfahren die P. P. N. von maßgebender Seite:

Die Polen in Posen haben die Reichsregierung um Kohlenlieferung ersucht und sich dafür bereit erklärt, Lebensmittel zuliefern. Die Reichsregierung hat das Ersuchen in dieser Form abgelehnt und erklärt, daß sie aus dem preußisch-polnischen Problemkomplex nicht einzelne Fragen herausschälen lassen könne, sondern darauf bestehen müsse, daß das deutsch-polnische Verhältnis in seiner Gesamtheit erörtert werde. Die preußischen Polen haben sich damit einverstanden erklärt; drei ihrer Vertreter sind in Berlin eingetroffen. Heute nachmittag beginnen ihre Verhandlungen mit der Regierung des Reiches und Preußens. An den getroffenen Maßnahmen zur Zurückweisung der polnischen Ansprüche wird durch diese Verhandlungen vorläufig nichts geändert.

Die ökonomische Unruhe in der englischen Arbeiterschaft.

Bern, 23. Januar. Der Verband englischer Bergarbeiter mit 650 000 Mitgliedern stellt die Forderung auf sofortige Einführung des Sechs-Stunden-Tages. Er verlangt nicht nur Ausgestaltung der Arbeiterlohnsätze derart, daß die Arbeiter in der sechsstündigen Arbeitszeit genau soviel verdienen wie in der achtstündigen, sondern außerdem 30 Prozent Lohnzuschlag. Die „Times“ berechnen, daß diese Lohnforderungen eine Mehrbelastung der nationalen Produktion um jährlich 800 Millionen Mark darstellen. Zur allgemeinen Lage der arbeitenden Klassen bemerkt das Blatt sodann weiter: die Ueberstunden haben aufgehört, die Arbeitszeit ist verkürzt worden, der Verdienst ist allgemein zurückgegangen, es gibt zahlreiche Arbeitslose.

Weiter veröffentlichen die „Times“ unter der Ueberschrift „Die kommenden Arbeiterunruhen“ eine Zuschrift, worin die Schaffung einer Landesstreikdirektion der Gewerkschaften gefordert wird. Die Zuschrift setzt auseinander, daß jetzt zahlreiche Streiks erfolgten, weil die Arbeiterschaft der betreffenden Gewerbe nicht mehr in der Hand ihrer berufenen Führer sei. Die Gewerkschaften sollten eine Landesstreikdirektion schaffen, in der sämtliche Gewerkschaften vertreten wären und die in jedem einzelnen Falle die Genehmigung zu Streiks zu erteilen habe und zwar nach vorhergehender genauer Erörterung der einzelnen wirtschaftlichen Momente. In solcher Körperschaft würden beispielsweise Vertreter sämtlicher anderen Industrien den Bergleuten klar machen, welchen Schaden ihre Forderungen für das gesamte Wirtschaftsleben bedeuteten.

Die Streikbewegung ergreift immer stärker die gesamte Schwerindustrie und den Schiffsbau. Die Arbeiterschaft am Clyde droht für den 27. Januar die Arbeitsniederlegung an, falls nicht die 40-Stunden-Woche unter Beibehaltung der früheren Löhne bewilligt wird.

Englischer Riesenstreik am 27. Januar.

London. (Reuter.) Das Arbeiterkomitee im Clydedistrikt billigte die Vorbereitungen für den am 27. Januar zugunsten der vierzigstündigen Arbeitswoche geplanten Streik der Schiffs- und Werftsarbeiter. Die städtischen Arbeiter von Glasgow haben beschlossen, sich den Arbeitern der Schiffswerften anzuschließen. Der Distriktsausschuß von Glasgow rief die Vereinigung der Maschinen- und Werkzeugarbeiter ebenfalls zum Streik am 27. Januar auf.

Riesendemonstration der amerikanischen Arbeiterklasse.

Ein von über 1000 Delegierten besuchter amerikanischer Arbeiterkongreß tagt gegenwärtig in Chicago, um für die Wiederaufnahme des Prozesses gegen die Arbeiterführer Mooney und Billing zu demonstrieren. Der Kongreß beschloß die Vorbereitung eines Generalstreiks für den 4. Juni, falls nicht bis dahin die Freilassung durch andere Mittel zu erreichen sei. Die Delegierten vertreten sämtliche Arbeiterorganisationen von einigermaßen größerer Bedeutung. Mooney und Billing wurden wegen angeblicher Mitschuld an dem Explosionsattentat verurteilt, das im Jahre 1917 in San Franzisko stattfand. Die allgemeine Ansicht ging dahin, daß das angebliche Attentat von anderer Seite zu politischen Zwecken veranstaltet worden war.

Kurze Nachrichten.

Ausweisung von Parteigenossen aus dem besetzten Gebiet. Die Franzosen wiesen die Genossen Parteisekretär Renja und den Funktionär des Bergarbeiterverbandes Pokorny aus Saarbrücken aus. Im Ausweisungsbefehl werden die beiden als „Hetzer“ bezeichnet.

Rückkehr Wilsons nach Amerika. Wilson wird Anfang Februar nach Amerika zurückkehren und dürfte zu seinem Vertreter auf der Friedenskonferenz entweder Taft oder Root ernennen. Am 27. Januar wird Wilson in Brüssel erwartet.

Die militärische Demobilmachung Deutschlands schreitet — entgegen allen anders lautenden Nachrichten der Entente — tüchtig vorwärts. Dies beweist am besten die Entlassung des Jahrganges 98. Die Demobilmachung wird auch weiterhin mit aller Energie und Entschiedenheit fortgesetzt und wird trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die sich beim Rücktransport der Truppen in ihre Heimat ergeben, in kürzester Frist vollendet sein.

Protest gegen Weimar. Die Berliner Stadtverordneten Dr. Weyl und Heimann haben namens der beiden sozialdemokratischen Fraktionen folgenden schleunigen Antrag gestellt: Wir beantragen, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, namens der Berliner Bürgerschaft gegen die Einberufung der deutschen Nationalversammlung nach Weimar bei den zuständigen Behörden schärfsten Protest zu erheben.

General v. Winterfeld ist wegen der weitgehenden Forderungen der Franzosen als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission zurückgetreten.

Halle und Saalkreis.

Halle, 27. Januar 1919.

Der Tag der Wahl.

Der Tag der Preußenwahl war ein weißer Wintertag mit grimmer Kälte. Am frühen Morgen begann wie acht Tage vorher das Wahlgeschäft und dehnte sich bis in die späten Abendstunden aus. Der Andrang war etwas schwächer wie zu den Nationalversammlungswahlen, die Wahlbeteiligung geringer. Die Hauptschlacht war am 19. Januar geschlagen, auf den Tag und seinen Ausgang hatte sich das Hauptinteresse konzentriert; es war keiner Steigerung mehr fähig und so kam es, wie es nicht anders kommen konnte: Das Interesse flaute ab, trotzdem die Preußenwahlen nicht minderwichtig waren als die Wahlen zur Nationalversammlung. Viele glaubten schon mit dem einem Male ihre Pflicht erfüllt zu haben und blieben der Wahlurne fern. Auch die Propaganda der Parteien vorher und die Wahlarbeit am Tage selbst, wurde nicht so intensiv betrieben wie am 19. Januar. Die Wahl ging ohne Störung vonstatten, das Straßenbild war nicht anders wie an normalen Sonntagen.

Etwas von der Sozialisierung im mitteldeutschen Braunkohlenrevier.

Der Bezirks-A.- u. S.-Rat hatte nach dem Volkspark eine Zusammenkunft der Bergarbeitervertreter des mitteldeutschen Braunkohlenreviers einberufen. Koenen gab der Ansicht Ausdruck, daß die Sozialisierung des mitteldeutschen Bergbaues von unten herauf beginnen müsse. Der erste Schritt sei schon getan durch die Unterstellung des Oberbergamtes Halle unter den Bezirks-A.- u. S.-Rat. Weiter wurde auf dieser Konferenz eine provisorische Kommission gewählt, welche sich mit Vorbereitungen zur Sozialisierung und Wahl von Betriebs-A.-Räten befassen wird. Die erste Sitzung dieser Kommission findet am 27. Januar vorm. 9 Uhr im Gewerkschaftshaus in Halle statt.

Die Lohnbewegung im Gastwirtsgewerbe.

Mittwoch nacht fand im „Goldenen Hirsch“ eine gut besuchte öffentliche Versammlung aller Gastwirtsgewerbeangestellten statt. Die Versammlung war von der Arbeitsgemeinschaft der gastwirtschaftlichen Angestelltenverbände und -Vereine, Ortsausschuß Halle, einberufen. Auch Vertreter der Wirte waren anwesend. Es fand eine lebhafte Aussprache statt, in der von allen Seiten bedauert wurde, daß die Hallischen Gastwirte die Forderung der Kellner auf feste Entlohnung bei Fortfall des Trinkzwangs abgelehnt haben und zurzeit für undurchführbar halten. Zu dem Vorschlage der Arbeitgeber, einen Uebergangstarif mit besserer Entlohnung und Beibehaltung der Trinkgeldes zu schaffen, nahm die Versammlung folgende Entschließung einstimmig an:

„Die am 23. Januar im Goldenen Hirsch tagende, stark besuchte öffentliche Versammlung aller Angestellten im Hotel-, Restaurant- und Kaffehausgewerbe nimmt den Bericht des Koll. Saar (Verband der Gastwirtsgehilfen) über die Tarifverhandlungen mit den Unternehmern zur Kenntnis und beschließt, den Vorschlägen der Arbeitgeber als Uebergangstarif unter folgenden Abänderungen: 1. für Aushilfen 12 Prozent, 2. Aushilfen für Restaurant pro Tag 10 Mark, 3. in Geschäften, in denen besondere Ansprüche und Fähigkeiten, Sprachkenntnisse und Garderobe gestellt werden, können entsprechende Zuschläge gefordert werden, die von der Tarifkommission festzusetzen sind, zuzustimmen. Sie bedauert, daß sich die Arbeitgeber nicht zur Abschaffung des Trinkgeldes unter Einführung fester Wochenlöhne aufschwingen konnten. Die Versammelten verpflichten sich, bei den zukünftigen Tarifverhandlungen alles zu tun um eine straffe Einheitsorganisation im Gastwirtsgewerbe zu schaffen und erklären, keine nichtorganisierten Kollegen in ihren Reihen zu dulden.“

* **Neuwahl von Magistratsmitgliedern und Gemeindevorständen untersagt.** In Verfolg der Verordnung über die Auflösung und Neuwahl der Gemeindeparlamente hat das preußische Ministerium des Innern eine Verfügung erlassen, welche die Vornahme von Wahlen von Magistratsmitgliedern oder Gemeindevorständen durch die jetzigen auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählten Gemeindevertretungen untersagt. Dadurch wird zugleich mit der Demokratisierung der Gemeindevertretungen auch die Demokratisierung der Gemeindeverwaltungen ins Werk gesetzt.

* **Warnung vor Mißbrauch.** Es sind Armbinden Nr. 669 und Nr. 961 in Verlust geraten. Abzugeben Sicherheitskommission (Zimmer 24) „Wettiner Hof“, Magdeburger Straße.

* **Keine Beschränkung mehr in der Benutzung der Arbeiterfahrkarten der Straßenbahn.** Die Bestimmungen über die beschränkte Benutzungszeit der Arbeiterfahrkarten (bis 10 Uhr abends wird hiermit aufgehoben. Die Karten gelten fortan bis zum Betriebsschluß.

Stadttheater. Heute, Montag, geht Zöllners Oper „Die versunkene Glocke“ in Szene. Dienstag „Carmen“, Mittwoch „Der arme Heinrich“, Oper von Hans Pfitzner, Donnerstag „Nur ein Traum“, Lustspiel von Lothar Schmidt, Freitag „Ueber unsere Kraft“, II. Teil, Sonnabend — Anfang 7 Uhr — „Lohengrin“, Sonntag nachmittag „Tiefland“ als Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen, Sonntag abend „Die Fledermaus“, Operette von Joh. Strauß.

* **Ein Schulknabe,** der auf einem Handwagen saß und die Deichsel mit den Füßen lenkend, durch die abschüssige Blücherschlippe fuhr, stieß derartig gegen eine Wand, daß er sich dabei den rechten Oberschenkel brach. Er wurde nach der Revierwache gebracht und dort von seinen Eltern abgeholt.

Mißlungener Selbstmord. Ein 57 Jahre alter alleinstehender Arbeiter sprang am Sonnabend aus Lebensüberdruß unterhalb der Peißnitzbrücke in die Saale. Da er noch nicht untergegangen war, konnte er von zwei hinzugekommenen Personen wieder ans Land gezogen und seiner Wohnung zugeführt werden.

Holzverkauf. Im [illegible] soll am Donnerstag, dem 30. Januar, vormittags 10 Uhr, eine Anzahl Nutzholzstämme sowie Brennholz (Reisig) öffentlich meistbietend verkauft werden. Bedingungen im Termin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190127-19/fragment/page=0003

Das Wahlergebnis von Halle (Stadt).

Nr. des Bezirks	Wahllokal	Straße	Garbe (U. Soz.)	Dietrich (Ztr.)	Abderhalden (D. D. P.)	Hermann (D. N. V.)	Hennig (U. S.)	Ebert (D. V. P.)	Ungiltig	Zersplittert
1.	Preußische Krone	Trothaerstraße 21	148	14	362	126	1066	—	1	—
2.	Kurhaus Wittekind	Wittekindstr. 13	146	13	492	323	817	4	—	—
3	Lindenhof	Cröllwitzerstr. 6	155	12	384	219	975	—	2	—
4.	Gastwirtschaft Lüderitz Berg	Reilstr. 47	129	26	468	335	658	4	—	—
5.	Rosenschänke	Burgstr. 71	177	34	457	206	899	6	4	—
6.	Volkspark	Burgstr. 27	142	12	426	475	836	4	1	—
7.	Zur Sonne	Gr. Brunnenstr. 2	163	26	407	172	1208	2	7	—
8.	Schmelzers Höhe	Eichendorffstr. 19	122	36	306	140	1053	—	2	—
9.	Hotel Kaiserhof	Reilstr. 132	153	27	914	605	409	2	2	—
10.	Weißbierhallen	Bernburgerstr. 24	133	20	624	646	435	3	3	—
11.	Langhammers Hotel	Händelstr. 1	97	32	516	293	329	4		—
12.	Löwenbräu	Ludw. Wuchererstr. 72	147	20	781	401	569	6	1	—
13.	Gasthof Kaiser Friedrich	Friedrichplatz 8	163	34	774	442	510	9	—	—
14.	Café Ilm	Goethestr. 8	198	42	963	414	515	1	1	—
15	Hallesche Aktienbrauerei	Dessauerstr. 1	192	33	819	409	545	1	—	—
16.	Gastwirtschaft Roßmarkthalle	Leisingstr. 26	164	36	683	186	438	7	—	—
17.	Gastwirtschaft von Reinhold Walther	Julius Kühnstr. 1	281	29	756	148	545	—	3	—
18.	Stadtmission	Weidenplan 4	132	20	508	385	346	—	—	—
19	Zur Weintraube	Geiststr. 58	—	—	—	—	—	—	—	—
20.	Gastwirtschaft Schöne	Gr. Wallstr. 9	190	36	556	224	735	—	—	—
21.	Gastwirtschaft von H. Eckstein	Bergstr. 1, Ecke Kleine Ulrichstr.	155	46	477	181	687	1	—	—
22.	Händelpark	Nikolaistr. 6	144	50	505	158	620	—	—	—
23.	Zum Markgrafen	Brüderstr. 7	113	32	777	341	480	1	1	—
24.	Parkschlößchen	Anhalterstr. 11	184	26	590	223	521	1	—	—
25.	Müllers Hotel	Krukenbergstr. 29	166	23	837	211	598	2	2	—
26.	Gastwirtschaft von Wilhelm Enke	Forsterstr 46	203	29	700	205	397	3	—	—
27.	Petzolds Restaurant	Charlottenstr 19	182	43	801	176	592	1	3	—
28.	Weinzimmer im Ratskeller	Marktplatz 2	159	—	636	154	467	—	—	—
29.	Zur grünen Tanne	Mansfelderstr. 58	211	39	541	103	697	—	—	—
30.	Paradiesgarten	Ratswerder 3	105	38	303	88	825	—	3	—
31.	Franziskaner-Halle	Kuhgasse 1	172	33	514	110	634	4	1	—
32	Riebeck-Bräu	Gr. Berlin 14	125	35	617	247	444	9	—	—
33.	Schlachthofsrestauration	Freiimfelderstr. 41	251	12	576	78	622	—	1	—
34	Wittenberger Hof	Delitzscherstr. 10	172	38	623	195	529	2	2	—
35.	Borcks Restaurant	Kurze Gasse 1	197	67	958	353	477	2	8	—
36.	Café Wilh. Später	An der Baderei 1	168	139	440	174	626	1	3	—
37.	Stadt Zwickau	Torstr. 21	203	56	401	108	800	4	—	—
38.	Zum Bürgerkasino	Bertramstr. 27	192	28	265	83	969	4	—	—
39.	Bäckerinnungshaus u. Gesellenheim	Glauchaerstr. 17	187	21	404	119	1014	—	2	—
40.	Schankwirtschaft von Anna Spill	Böllbergerweg 10							—	—
41.	Gastwirtschaft zur Blume	Torstr. 29	148	42	359	83	978	—	—	—
42.	Gastwirtschaft von Heinrich Grafen	Schwetschkestr. 24	274	57	985	234	501	5	—	—
43.	Schweizerhaus	Wörmlitzerstr. 16	228	4	671	143	560	—	3	—
44.	Wielops Bierstube	Wörmlitzerstr. 1	202	35	483	113	899	4	1	—
45.	Schankwirtschaft von Wilh. Weise	Ladenbergstr. 51							—	—
46.	Bernhardyhalle	Thomasiusstr. 5	323	53	1122	252	375	8	—	—
47.	Zum Hofjäger	Lindenstr. 78	233	30	770	277	722	2	—	—
48.	Askania	Thomasiusstr. 38/39	280	31	682	147	886	3	—	—
49.	Schultheiß-Restaurant	Merseburgerstr. 10	211	21	420	63	678	2	—	—
50.	Gambrinus	Merseburgerstr. 112	164	21	250	60	926	4	1	—
51.	Zum Derfflinger	Merseburgerstr. 45	96	36	100	77	1076	—	2	—
52.	Gastwirtschaft zum Landhaus	Merseburgerstr. 95	141	47	211	68	641	1	2	—
53.	Leipziger Hof	Merseburgerstr. 92	27	4	82	43	53	5	-	—
54.	Lesezimmer in der Johannisschule	Liebenauerstr.	37	3	56	13	99	—	—	—
55	Obstweinschänke a. d. Heide		12	—	25	10	33	—	—	—
56.	Kaserne I	Reilstr. 158	43	4	132	12	111	1	2	—
57.	Flugplatz, Baracke 24	Zimmer 10	37	—	61	9	88	—	1	—

Resultate aus dem Bezirk.

	Garbe	Hennig	Abderhalden	Hermann	Dietrich	Ebert
Wettin	128	704	406	94	—	1
Könnern	82	1115	691	165	—	—
Löbejün	37	738	343	129	—	2
Trebitz bei Pretzsch	230	38	89	89	—	—
Diemitz	148	751	241	102	10	—
Ammendorf	214	1985	533	120	34	3
Nietleben	150	1377	333	74	—	—
Bebitz	66	68	16	15	—	—
Merseburg (Stadt)	1449	3737	3893	1166	135	223
Leuna (Werk)	167	1117	75	8	22	—
Eisleben	961	5199	2738	979	433	577
Querfurt	309	865	939	106	—	—
Gerbstedt	362	1710	473	174	54	17
Torgau (Kreis)	3625	6272	9134	3302	138	205
Torgau (Stadt)	858	1667	3210	659	117	49
Falkenberg	1035	14	840	88	27	18
Weißenfels	2545	7917	5221	816	253	43
Zeitz	1786	8504	4336	1884	136	62
Delitzsch	1610	2720	2015	421	115	35
Pretzsch a. Elbe	323	20	449	120	—	—
Freyburg a. U.	407	383	522	303	—	—
Schönewalden	137	—	101	45	—	137
Schkeuditz	387	2234	1020	72	51	9
Bribitz	23	1	2	73	—	1
Pretzschau	323	20	449	120	—	—
Bibra	321	108	323	78	2	—
Mühlhausen	6319	2612	4708	1962	631	—
Erfurt	9698	23 657	14 444	10 153	3887	—
Stolberg (Harz)	454	14	300	150	—	—

* **Wegen Raummangel** mußten wir den Bericht von der Soldatenratssitzung bis morgen zurückstellen.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Dienstag für die Lebensmittelscheine 56 501—60 000 vormittags von 8—12 Uhr und 60 001—63 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person werden 55 Gramm zum Preise von 20 Pfennigen abgegeben.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Dienstag auf Abschnitt 8 für die eingetragenen Kunden bei dem Molkereibesitzer John, Gr. Gosenstr. 17 und Kl. Ulrichstr. 26 und bei dem Molkereibesitzer Scharfe, Rudolf-Harm-Str. 35. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Die Abschnitte sind bis 31. Januar abzuliefern.

Aus der Provinz.

Merseburg. Neufestsetzung der Landarbeiterlöhne. Im Kreishaus traten die Vertreter des landwirtschaftlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbandes zur Bildung der Arbeitsgemeinschaft für den Kreis Merseburg zusammen. Auf Grund der Landarbeitsordnung für die Provinz Sachsen und Anhalt wurden nach langwierigen Verhandlungen folgende Löhne festgesetzt: für Hofmeister 36 M., Aufseher und Pferdeknechte 33,50 M. wöchentlich, Tagelöhner 5 M. pro Tag, rückwirkend vom 1. Januar 1919. Außerdem 1 freie Wohnung oder 180 M. Mietsentschädigung, 2. Kartoffelland 1 Morgen (165 M.), für Unverheiratete über 20 Jahre alt ½ Morgen und 82,50 M. in bar, 3. Klee- und Grasgebot 25 Quadratruten (30 M.), 4. Gartenland 20 Quadratruten (20 M.), 5 an Kohlen 100 Zentner Briketts zum Tagespreis oder für 220 M. Preßtorf, beides bei freier Anfuhr, 6. Stroh nach Bedarf gegen Abgabe des Düngers, andernfalls gegen Bezahlung zum Tagespreis, 7. Wirtschaftsgetreide im Werte von 150 M. — Die Verhandlungen über die Löhne der Schweizer, Gärtner, Arbeiterinnen usw werden in einer am 28. Januar stattfindenden Sitzung fortgesetzt.

Delitzsch. Käseverkauf. In der städt. Verkaufsstelle Markt Nr. 7 werden auf Abschnitt Nr. 132 der Lebensmittelscheine je ein Handkäse zu 32 Pfg. oder 100 Gramm Hartkäse (Schweizerart) zu 50 Pfg. wie folgt abgegeben: Montag, den 27. d. M., nachmittags 2—3 Uhr Nr. 1681—1820, 3—4 Uhr Nr. 1821—1960, 4—5 Uhr Nr. 1961—2100; Dienstag, den 28. d. M., nachmittags 2—3 Uhr Nr. 2101—2205, 3—4 Uhr Nr. 2206—2345, 4—5 Uhr Nr. 2346 bis 2485; Mittwoch, den 29. d M., nachmittags 2—3 Uhr Nr. 2486 bis 2625, 3—4 Uhr Nr 2626—2765, 4—5 Uhr Nr. 2766—2905; Donnerstag, den 30. d. M., nachmittags 2—3 Uhr Nr. 2906 bis 3045, 3—4 Uhr Nr. 3046—3185, 4—5 Uhr Nr. 3186—3325; Freitag, den 31. d. M., nachmittags 2—3 Uhr Nr. 3326—3465, 3—4 Uhr Nr. 3466—4515, 4—5 Uhr Nr. 4516—Schluß. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten und Einschlagepapier mitzubringen. Spätere Abholung nicht gestattet.

Delitzsch. Sonderzuweisung von Mehl. In den Verkaufsstellen Ludwig Dietze, Konsum-Verein, Franz Naumann, M. Roskoden, Walter Seidel, Otto Simon, F. A. Werner, Ferd. Winkler und G. F. Wittig werden auf Abschnitt Nr. 138 der Lebensmittelscheine je ¼ Pfund Mehl zu 23 Pfg. verausgabt und zwar am: Montag, den 27. d. M., Nr. 1—1000, Dienstag, den 28. d. M. Nr. 1001—2000, Mittwoch, den 29 d M., Nr. 2001—3000, Donnerstag, den 30. d M, Nr 3001—4000, Freitag, den 31. d. M., Nr. 4001—Schluß. Tüten und Gefäße sind mitzubringen. Um jeden Andrang zu vermeiden, sind die Abholtage genau einzuhalten.

Naumburg. Frauenhemden und Frauenbeinkleider aus haltbarem Stoff angefertigt, gut verarbeitet und zum überwiegenden Teil bestickt, sind für den hiesigen Stadtkreis von der Reichsbekleidungsstelle eingetroffen. Den Verkauf haben die Firmen Luise Albrecht, Viktor Artes, Carl Aßmann, E. Cario, Max Cohn, Julien Elternach, M. Hart, J. Lehmann, C. F. Leonhardt und Gebr. Mathias übernommen, und kostet ein Frauenhemd 11,50 M., ein Frauenbeinkleid 10,85 M. Da sich die Wäsche infolge ihrer Ausführung weniger für den dringlichsten Bedarf der ärmeren Bevölkerung eignet, wird dieselbe an alle im Bezirk des Kommunal-Verbandes wohnenden Personen gegen Bezugsschein abgegeben werden.

Zeitz. Lebensmittel-Verteilung. In der Woche vom 27. Januar bis 2. Februar gelangen zur Verteilung auf die Lebensmittelmarken Nr. 238: 100 Gramm Teigwaren, Preis 14 Pfg., am Donnerstag dort, wo die Ware bestellt ist; Nr. 239: 50 Gramm Margarine, Preis 21 Pfg., am Freitag in einer größeren Anzahl Geschäfte. Die Lebensmittelmarken 239 sind dem Händler bis Montag, den 27. Januar, abends vorzulegen. Die Kaufleute geben dieselben am Dienstag, den 28. Januar von 8—10 Uhr vormittags (nicht später) im Zimmer 42 des Rathauses ab. Es ist uns infolge der im Oktober ausgesprochenen Versetzung in eine höhere Versorgungsklasse möglich geworden, die Menge der Rationen etwas zu erhöhen.

Zeitz. Butterverkauf findet am Sonnabend, den 25. Januar von nachmittags 2 Uhr ab statt, und zwar 70 Gramm auf die Butterkarte vom 20. Januar bis 2. Februar, Preis 56 Pfg.

Letzte Nachrichten.

Eine Alliiertenkommission zur Prüfung der Lebensmittelverhältnisse in deutschen Großstädten.

Nach Meldungen Pariser Blätter ist auf Vorschlag des Präsidenten Wilson eine Kommission der Alliierten gebildet worden, die die Aufgabe hat, bereits im Laufe dieser Woche eine Rundreise durch alle deutschen Großstädte zu unternehmen, um die Ernährungsverhältnisse Deutschlands festzustellen, von denen man bisher noch kein einheitliches Bild habe gewinnen können.

Von der Friedenskonferenz.

Der Vertreter der „Daily Mail" auf der Friedenskonferenz will, wie es in verschiedenen Blättern heißt, melden können, daß es hoffentlich möglich sein werde, die Vertreter der Mittelmächte Ende März oder Anfang April nach Paris zu berufen, vorausgesetzt, daß Deutschland bis dahin eine regelrechte Regierung habe.

Das Schicksal der deutschen Kolonien.

Basel, 27. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Basler Nachrichten" melden aus Washington: Der frühere Präsident Taft hielt gestern einen Vortrag, worin er ausführte, daß sämtliche deutschen Kolonien, Konstantinopel und die Dardanellen internationalisiert und der Kontrolle des Völkerbundes unterstellt werden müßten. Deutschland habe das Recht auf seine Kolonien verloren, aber man dürfe sie weder Frankreich noch England zusprechen, da diese sonst in Verdacht kämen, sie für ihre Interessen ausbeuten zu wollen.

Wahlergebnisse aus Preußen.

Von den Wahlen zur preußischen Landesversammlung im Wahlkreise 3, Berlin,

lagen bis 12 Uhr nachts folgende Ergebnisse vor: Sozialdemokratische Partei 38 709, Deutsche Demokratische Partei 30 406, Deutschnationale Volkspartei 20 608, Deutsche Volkspartei 14 456, Unabhängige Sozialdemokratische Partei 11 210, christliche Volkspartei 9696 Stimmen.

Magdeburg:

Deutsche demokratische Partei 42 505, Deutsche Volkspartei 5026, Deutsch-nationale Volkspartei 5845, Zentrum 3236, Mehrheitssozialdemokratie 91 421, Unabhängige Sozialdemokratie 10 629.

Hannover-Stadt:

Sozialdemokraten 85 972, Deutsche Demokratische Partei 16 815, Unabhängige 1035, Deutsche Volkspartei 2194, Deutschnationale Volkspartei 4184, Hannoversche und christliche Volkspartei 48 889.

Frankfurt a. Main:

Bis 12 Uhr nachts lagen von 172 Wahlbezirken 150 Ergebnisse vor. Unabhängige 8158, Deutschnationale Volkspartei 8449, Deutsche Volkspartei 15 664, Zentrum 24 841, Demokratische Partei 47 290, Mehrheitssozialisten 89 581.

Beschwerden

über unregelmäßige und unpünktliche Zustellung der Volksstimme melde man sofort in der Expedition, Große Ulrichstraße 27, damit sogleich Abhilfe geschaffen werden kann.

Bekanntmachung

Die Anmeldung der schulpflichtigen Kinder bei der hiesigen katholischen Volksschule findet in diesem Jahre Montag, den 17. Februar 1919, nachmittags von 2—5 Uhr, in der katholischen Volksschule, Oleariusstr. 7, im Lehrerinnenzimmer, statt.

Schulpflichtig ist jedes Kind, das bis zum 30. Juni 1919 sechs Jahre alt wird.

Kinder, die im Jahre 1919 nach dem 30. Juni sechs Jahre alt werden, können erst im nächsten Jahre in die Schule aufgenommen werden.

Bei der Anmeldung sind der Impf- und Taufschein vorzulegen.

Kinder, die in den Vorjahren zurückgestellt worden sind, müssen am 17. Februar 1919 erneut angemeldet werden.

Es wird auf folgendes besonders aufmerksam gemacht.

Anträge auf Zurückstellung schulpflichtiger Kinder vom Schulbesuche wegen Krankheit sind bei der Schuldeputation einzureichen.

Die Kinder, deren rechtzeitige Anmeldung unterbleibt, werden der Schule zwangsweise zugeführt werden.

Halle, den 21. Januar 1919. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 4 Abs 1 der Bundesratsverordnung über Ersparung von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln vom 16. 11. 16 wird hiermit für den Stadtkreis Halle bestimmt:

Die Beleuchtung ist vollständig zu löschen:

1. um 10 Uhr abends in Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Kaffeehäusern, allen öffentlichen Vergnügungsstätten mit Ausnahme der nachstehend unter 2 und 3 genannten, sowie in Vereins- und Gesellschaftsräumen, in den Speisen und Getränke verabreicht werden Auf Räume, in den Gasthausfremde übernachten, trifft diese Einschränkung nicht zu;

2 um 10½ Uhr abends in Lichtspielhäusern, Varietees, Theater (ausschl. Stadttheater) sowie in Räumen, in denen Schaustellungen stattfinden;

3. um 11¼ Uhr abends im Stadttheater.

Durch diese Bekanntmachung wird die Bekanntmachung vom 24. 1. 16 über Festsetzung der Schlußstunde nicht aufgehoben.

Halle, den 25. Januar 1919.

Für den A.- und S.-Rat. Die Polizeiverwaltung.
gez. K. Merwand.

Stadt-Theater
Dienstag, d. 28. Jan. 1919, Anf. 7, Ende 10¼ Uhr:
Carmen.
Oper von Bizet.
Mittwoch:
Der arme Heinrich.

Sozialistenmarsch, Marseillaise, Internationale u. a.
für Orchester, Klavier u. Chor
J. Günther Verlag
Dresden 10. (1844

3—4 Zimmer-Wohnung
in Ammendorf zu mieten gesucht, am lieb. an mit Garten und Stall. Angebot mit Preis Ammendorf, Hallesche Str. 5, II.

Gesucht
werden 8 Heizkesselwärter, (Schlosser, Schmiede, die befähigt sind, Heizkessel zu bedienen) und 2 Wagenwärter für einen Lazarettzug u. ein Fliegerkampf-Geschwader. Gebührnisse täglich 15 Mk., freie Verpflegung u. Unterkunft. Meldungen täglich von 9 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm. b. d. Linienkommandantur V Halle a. S. Güterverwaltung.

Zeitungsträgerinnen
gesucht.
Verlag der „Volksstimme"
Große Ulrichstraße 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190127-19/fragment/page=0004
DFG